



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale enttäuscht über die Rückschritte in der Raumplanung
Für Rückfragen	Verena Diener, Ständerätin, +41 79 331 08 39 Martin Bäumle, Nationalrat + Parteipräsident, Tel. +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	30. September 2011

Der Nationalrat vermässelt die geleistete Vorarbeit im Raumplanungsgesetz

Der Ständerat hat im vergangenen Jahr mit einem griffigen Gegenvorschlag einen fortschrittlichen Schritt zu einer nachhaltigen Raumentwicklung gemacht. Der Vorschlag hätte eine Mehrwertabgabe auf Gewinnen bei Einzonungen zur Finanzierung von Bauzonenreduktionen vorgesehen. Der Nationalrat, krebst in dieser Session zurück. Zum Teil geht er noch hinter die für die Grünliberalen ungenügende Vorlage des Bundesrates zurück. Eine bürgerliche Mehrheit verhindert damit ein marktwirtschaftliches Modell zur Stabilisierung der Bauzonen sowie einen zukunftsweisenden und dringend notwendigen Schritt gegen die weitere Zersiedelung.

In der Schweiz werden heute pro Sekunde rund 1,3 Quadratmeter Land verbaut. Der stets steigende Platzbedarf pro Person, die zunehmenden Verkehrsflächen aber auch das Bevölkerungswachstum sind aus Sicht der Grünliberalen wichtige Gründe, um der fortschreitenden Zersiedelung Einhalt zu gebieten. Die Landschaftsinitiative hat dieses berechnete Problem aufgegriffen und verlangt verbindliche Massnahmen zur Stabilisierung der Siedlungsfläche. Obwohl alle das Problem anerkennen und ein Gegenvorschlag im Grundsatz eine Mehrheit fand, hat es der Nationalrat heute verpasst, den Vorschlag des Ständerates weiter zu entwickeln. Diese Entwicklung benötigt es aber, wenn die Menschen in der Schweiz auch künftig über Orte der Erholung, der Ruhe und der Landschaft verfügen wollen.

Die Vorlage hätte die zwingende Verdichtung nach innen vorangetrieben. Ebenfalls hätte die Vorlage eine Mehrwertabschöpfung vorgesehen. Also ein Instrument, welches geholfen hätte, damit an diversen Stellen in der Schweiz Rückzonen vorzunehmen. Diese Rückzonen von überdimensionierten Bauzonen, die gerade im ländlichen Raum gerne bestehen und ihrerseits zu Einzonungen in anderen Gebieten verholfen hätten. Mit dem Wertwertausgleich würden die Profiteure von Einzonungen die Auszonungen mitfinanzieren und so den Steuerzahler entlasten, welcher bis heute Auszonungen berappen muss, während bei Einzonungen Millionengewinne weitgehend in private Tasche fliessen.

Die Grünliberalen fordern den Ständerat auf, bei seiner Haltung zu bleiben und weiterhin an einem griffigen Gegenvorschlag festzuhalten. Ohne griffigen Gegenvorschlag werden die Grünliberalen die Landschaftsinitiative unterstützen.